

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Biwöchentlich 1st Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12,75 M., Ausgabe B 11,25 M.
einschließlich Postvergeltungsgebühr.

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachst. — Spaltenkunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr nachm.

Anzeigen: Anzeige von Geschäftsangeboten bis 10 Uhr, von Sammelanzeigen bis 11 Uhr nachm. — Preise für die Zeitungsseite 1,40 M., im Blattenteil 3,50 M., Sammelanzeigen 1,30 M. — Für unerlaubt geschriebene, sowie durch Vermischung mitgegebenen Anzeigen können nur die Vermittlungskosten für die Wichtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Macht verpflichtet

Von einem Zentrumsparlamentarier

Niederlage und Revolution hatten die starke politische Stellung der Zentrumspartei, die sich gegen Kriegsende in der Rätselhaftigkeit des Grafen von Hertling, wie auch in der Zusammensetzung des Kabinett des Prinzen Max von Baden eingeschoben, deshalb nahezu unberührt gelassen, weil die Partei, ihren christlichen und demokratischen Charakter stark betonend, für die Notwendigkeiten der Stunde erkennbar und sich entschieden auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse stellte. Der beachtenswerte Erfolg bei den Wahlen zur Nationalversammlung legte der Partei die Pflicht auf, nicht mäßig absatz zu ziehen, sondern praktisch am Wiederaufbau des zusammenbrochenen Vaterlandes mitzuwirken. Ehemaliger Sozialdemokratie, die den erwarteten vollen Sieg nicht durchsetzen konnte, nicht allein die Gestaltung der Geschichte Deutschlands anvertraut werden durfte, wenn Ruhe und Ordnung wieder langsam zurückkehren sollten. Noch mußte befürchtet werden, daß der Eintritt in die Schiedemann-Regierung in weiten Kreisen der Zentrumswählerschaft mit Misstrau entzündet würde, zumal preußische dieses Kabinett, so wenig wie irgend ein anderes, die Krise befaßt, in dieser Zeit die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse extraktisch zu gestalten. Verhältnisse, die zudem durch den Waffenstillstand und den kommenden Friedensvertrag nachteilig beeinflußt werden müssten. Aber die erlangte Macht gab der Partei die Mitarbeit am Wohle der Gesamtheit des Volkes und nicht ängstliche Sorge um parteipolitische Mischfische. Damals übernahm die Zentrumspartei eine schwere Kürde, die in den zwei Jahren bis heute nicht leichter, sondern noch drückender geworden ist.

Die schwersten Stunden durchlebte die Partei, als es galt, sich für oder gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu entscheiden. Das Recht brachte Krieg und Revolution, das Recht wurde Ruhm und Siegerstriege zur Folge haben. Erstmals wurde die ganze Situation noch durch den Rücktritt des Demokraten aus der Regierung. Sollte das Zentrum das Vaterland dem Chaos zutreiben lassen, oder sollte es durch Verbleiben in der Regierung versuchen, Volk und Vaterland, Deutschlands Einheit zu retten? Dem Vaterlande wurde das Parteiinteresse geopferzt. Ja, die Partei übernahm sogar das hörnenvolle Finanzministerium, das bis dahin von den demokratischen Finanzministern nicht in Angriff genommen, unmöglichlich gewordene Steuergesetzgebung in nächster Zukunft erledigen mußte. Hier waren keine Vorbeeren zu entziehen, sondern nur Vornüsse, Abhängen und Kampfansagen, wie sie von Helfsreich und seinen Schwesterindustriellen und großkapitalistischen Hintermännern erholt sind. Auch diese Partei übernahm das Zentrum im Dienste für das Vaterland.

Das Verfassungswerk, die vornehmste Aufgabe der Nationalversammlung, kam unter eifrigster Mitarbeit des Zentrums zu stande. Wer erwartet hatte, daß die Verabschiedung dieses Geheimes Auftriebenheit und Anerkennung bringen würde, sah sich gesundheitlich getäuscht. Neue schwere Vorwürfe wurden gegen die Partei erhoben. Verrat am Zentrumprogramm, so schallt es aus dem Munde solcher, die aus der Revolution nichts gelernt hatten, und in deren Urteil die vergehenden Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten, um durchzuführen, was erreicht worden ist, unberücksichtigt blieben. Neue Kämpfe, bedauerliche Abspaltungen waren die Folge. Die Fraktion hatte geglaubt, ihre ganze Kraft eingesetzt und ansehnliche Erfolge erklungen zu haben. Die Abgeordneten belehren die Wählerschaft eines anderen, sorgten dafür, daß absehbare, hämische Kritik die Freude am geschaffenen Werk verdarb. Während die Kämpfe in dieser Angelegenheit noch nicht abgeschlossen waren, entstand der Partei durch die Erkenntnis der bayerischen Freunde ein überaus schmerzlicher Verlust, das schwerste Opfer, das je gefordert wurde.

Auf der ganzen Linie steht jetzt die Kritik gegen die Partei ein. Die bürgerlichen Kreise waren unzufrieden mit der Agrarpolitik des Zentrums, während die Stadt- und Industriewohlfahrt ihnen zum Vorwurf macht, den „wucherhaften“ Bauern zu sehr zu Gefallen zu sein. Die Beamtenschaft klagt die Partei der Feindschaft und Herzlosigkeit gegen die schwer lastenden Beamten an. Die Sozial- und Steuerpolitik entfremdet ihr Handel und Industrie. Alles aber war die Mitarbeit mit der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge. Es schien, als ob alle Bande, die bisher die Parteifreunde vereinigt hielten, zerissen seien.

Trotzdem brachten die Reichstagswahlen keinen Erfolg. Aber hatte die Partei Stimmen und damit Mandate eingeholt. Aber die Verluste hielten sich im Rahmen des Erträglichen. Erträglich war dieses Ergebnis deshalb, weil es zeigte, daß die

große Masse der Abhängigkeiten die bisherige Politik verstanden und gebilligt, die Opfer, die für das Vaterland gebracht wurden waren, anzuerkennen hatte.

Die Regierungsbildung Ende Juni 1920 machte die Zentrumspartei zum Träger der Reichsregierung und legte ihr damit eine überzeugende Verantwortung auf, die mit Rücksicht auf die Leidnotwendigkeiten des gesamten deutschen Volkes übernommen werden mußte.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob all die Opfer, die von der Zentrumspartei seit zwei Jahren gebracht werden, ob all die Arbeit für die Zukunft unseres Volkes, ob all die Sorge um die Entwicklung seiner Künste der Partei Deutschland und Anerkennung für sie zu bringen werden. Wie groß sein darf daran. Jetzt können noch nicht die Abgeordneten noch die gegenseitigen Parteien, zwar gäbe es noch in unseren eigenen Reihen, und noch hab die Stimmen nicht oft so zahlreich, die des Zentrums Verdienste um Volk und Vaterland, seine Unvergänglichkeit und Speziesreichtum, seine Dienste für die Gemeinschaft nun verändern. Die Partei kann stolz sein und muss stolz sein auf das, was sie erledigt hat. Die Abgeordneten müssen ihre Anerkennung zollen und die Parteien zur Partei stärken. Dann natürlich hat das Zentrum seine Pflicht aus zum Besten des Volkes gehabt, es ist jederzeit seiner Verpflichtung als Partei, die Gefahr des Volkes abzuwehren zu helfen, gerecht zu werden. Sollte das Zentrum Oppositionspolitik gewinnen, so könnte es mit billigen Weisungen Recht an den Zuständigen üben. Zweifelsohne wäre aber dann der Beschuldigungsvorwurf in unserem Vaterlande nicht zu dem Grade geangestiegen, den er heute, nicht zuletzt dank der Zentrumspartei erreicht hat. Weder zukünftige Rechts- noch auftretende Linkspolitik könnte zu solchen Erfolgen führen.

Mehr noch als es bisher geschehen, nach für die Zentrumspartei Aufführung in die Rücksichtnahme genommen werden, auch lechterer zum Verhandlungsgegenstand gebracht werden, doch vom Zentrum wirtschaftliche Politik geprägt werden ist. Eine Partei, die die Hauptlast der Politik trägt und die sich ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt ist, kann nicht mit Igualitätsansprüchen im Parlamente glänzen, kann nicht Anerkennungen stellen, die mit Rücksicht auf die durch Krieg, Revolution, Friedensvertrag usw. geschaffenen Verhältnisse unerfüllbar sind, noch nach dem Recht haben, dort ein Recht zu fordern, wo viele gegen das Recht sind. Das Ziel der Zentrumspartei muss sehr Erhaltung der jungen Regierung, deren Recht sie darstellt, für die sie die Grundvoraussetzung mitträgt und für die sie am männlichen und ehrlichen kann, durch Entwicklung ihrer Grundlage sie noch stärker und tragfähiger zu gestalten, damit eine rechte Weiterentwicklung ermöglicht wird. **Macht verpflichtet!** Willkürerfüllung erheischt Trottel. Gleichzeitig hat die Zentrumspartei im neuen Deutschland ihre Pflicht erfüllt, ist nicht zurückgedrängt vor den Opfern, die von ihr gefordert wurden, hat logisch die Pflicht getragen, die ihr auferlegt wurde. Die Stunde mag kommen, wo das deutsche Volk die herbeigehende wirtschaftliche Arbeit unserer Partei anerkennet, wo es sich nicht mehr der Erfahrung verhält, daß die Arbeit des Zentrums Arbeit am Volke und für das Volk war und ist. Die Wahlen am 20. März in Sachsen haben bewiesen, daß diese Erfahrung auf dem Marsche ist. Trogen wie dafür, daß das Tempo sich beschleunigt.

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei,

der am 18. bis 20. März im Reichstag tagte, hat sich in den beiden ersten Tagen mit der Beratung der neuen Richtlinien des Zentrumspartei beschäftigt. Die Mitglieder des Reichsausschusses, die sich aus allen Teilen des Reiches in großer Zahl zu der Tagung eingefunden hatten, haben sich im Beisein mit den zugezogenen Sachverständigen aus allen Gebieten an den Beratungen nützlich beteiligt und die sehr zahlreichen Anträge und Vorschläge gründlich geprüft. Das Ergebnis der Beratungen, das abschließend bestreitend war, wurde zur endgültigen Formulierung einer Redaktionskommission überlassen. Nach Abschluß der Arbeiten der Redaktionskommission, der bis zum 20. April zu erwarten ist, wird die nunmehrige Formulierung den Mitgliedern des Parlaments, den Mitgliedern des Reichsparteivorstandes und Reichsausschusses, sowie den Vorsitzenden der Bänder und Provinzen zur Diskussion übermittelt werden. Die aus diesen Arbeiten sich ergebenden Vorschläge werden zu einer letzten Beratung der vom Reichsausschuß gewählten Programmkommission, die auf Beschluss des Reichsausschusses vom 18. bis 20. März durch einige Beschlüsse erweitert wurde, vorgelegt werden. Die endgültige Entscheidung über die neuen Richtlinien wird dem Reichsparteitag, der, wie bereits gemeldet, mit Rücksicht auf die geplanten innen- und außenpolitischen Lage nicht vom 10. bis 12. April stattfinden wird, vorbehalten bleiben. Der Reichsparteitag, der auf Beschluss des Reichsausschusses sowohl als irgend möglich einzuberufen ist, wird vom Reichsparteivorstand erneut eingeladen werden. Der Abschluß der Tagung bildete die am Sonntag stattgefundenen Aussprache über die allgemeine politische Lage, an der der Reichskanzler und die übrigen Zentrumsmitglieder des Kabinetts teilnahmen.

Durch einen Teil der Presse ist die Nachricht gegangen, daß der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei sich u. a. mit der Frage der Regierungsbildung im Preußen beschäftigt habe. Diese Nachricht ist völlig ungutrichtig. Der Reichsausschuß als solcher hat sich mit der Angelegenheit nicht beschäftigt. Wohl aber ist gelegentlich der Tagung des Reichsausschusses die Frage der Regierungsbildung in Preußen Gegenstand von Verhandlungen von ganz in Berlin ansässigen Mitgliedern der Zentrumspartei des preußischen Landtages gewesen. Wie sehr unzulässig es ist, das Ergebnis dieser Versprechen gemeinsam, daß die Zentrumspartei des preußischen Landtages nach wie vor an dem Standpunkt festhält, daß die Verweiterung der Regierungsgeschäftsgrundlage nach rechts unbedingt geboten sei.

Unerhörbarer polnischer Terror

Die Abstimmung in Pilsen verzögert

Oppositorisch berichtet der „Sächs. Volkszeitung“
Dresden, 22. März. Wie hier vermeldet, haben die italienischen Bevölkerungsgruppen im Kreis Pilsen die Abstimmung mit der Bezeichnung annulliert, daß angeblich der polnischen Terror die dichten Stellen von einer militärischen Mission unfreiheitliche Siede gewesen wäre, und das Abstimmungsergebnis daher als verfälscht angesehen werden möge.

Rostowitz, 21. März. Am ganzen Balkan ist die polnische Partei gegen Polen befreundete polnische Kurven auf. In Deutscher Weise wurden die Gefährter Pilsen, der eine Menge des polnischen Auslands, erzielen. Auf der Straße wurden die Zivilen ausgewählt, färmig Kurve herausgesetzt und vor den Augen der Zivilisten verprügelt und immer misshandelt. Einige trugen einen Schlagstock davon. Von Rostowitz trifft die Nachricht ein, daß die Polen die Zivilen ausgewählt, färmig gegen die Zivilen gehen. Auf Wochentagen beim Feldlagerkurve trafen die Zivilen wieder. Auf Wochentagen beim Feldlagerkurve trafen die Zivilen wieder. Es habe keine Kurve zur Bezeichnung von Partei ausgetragen die politischen Proletarien die polnischen Nationalen. Wenn eben jetzt hier Pilsen eine Kurve von 10.000 Polen in jedem kleinen Begegnungsorten Pilsen ist. Die Kurve Pilsen wurde im Zusammenhang mit Hilfe gelöst. Im Sommer ist Rostowitz wieder handgreiflich geworden. Da Tschernowitz wurden politische Unfälle, Generalstreiks, Generalstreiks gegen Deutsche verübt und die Bewohner des Deutschen gewaltsam. Ein Abstimmungsergebnis wurde mit der Zivilhandlung misshandelt. Zur Abstimmung vorbereitende polnische Soldaten waren ihm mit. Auch eine Kurve wurde wieder misshandelt. Zumindest handfeste Abstimmungen sind nach Sachsen ausgedehnt gemacht. Eine schwere Entfernung ist im Gange. Die Deutschen fliehen. Da Rostowitz zieht sich wieder und zieht, die Deutschen zu erschlagen. Aus Lautschütte werden gleichfalls Zusammenstötungen gemeldet, die höhere Siedlungen für die Deutschen befürchten lassen. Die prähistorischen Nationalen sind wiederholt dreimal von verschwundenen Zeilen am Rote gebeten worden, bisher jedoch ohne jeden Erfolg.

Berlin, 21. März. Darunter viele Meliorungen über den furchtbaren polnischen Terror während der Volksabstimmung stehen und überleben ein. Wie die „Ostdeutsche Rundschau“ mitteilt, ist die deutsche Bevölkerung im südlichen Teile des Kreises Rauden auf polnischen Tagen stillzuhören. Nicht einmal die deutschen Ministranten der polnischen Missionsgruppe mögen es, zur Wahl zu erscheinen. Deshalb ist die Wahl in Kreis und Kreisabstimmung und Tschernowitz von den Bürgern für ungültig erklärt worden, weil im Abstimmungsorte nur politische Stimmpapiere ausgegeben werden. Ein Schmalz auf die Parteilichkeit der Kurve ist nicht folgend. Auf dem Wahltagen von Rauden ist auf dem Boden der Kurve von Rauden eine reiche Menschenmenge eingefunden, weil diese Kurve des polnischen Abstimmungsbüros die Wahlen verhindern sollten werden. Außerordentliche Feindseligkeit regelwidrigkeiten die Polen zum Ergebnis der Wahl. Die Polen nahmen tatsächlich einen französischen Soldaten auf dem Platz vor dem Rathaus auf dem Marsch herum. Der Hauptmann hat eine Rede, in der er sagt, daß diese Kurve, also die Kurve von Rauden, unzulässig in Polen feiern möge.

Der Dank der Reichsregierung

Berlin, 21. März. Der Reichspräsident erläutert folgenden Auftrag:

Die deutsche Zunge im Überseelien hat einen entscheidenden Sieg errungen, er ist dem ehemaligen Einfluss des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die eingesetzte Bevölkerung war unangewandt aller gegenwärtigen Verhältnisse, sie dem deutschen Gedanken entwöhnt, in ihren überwiegenden Minderheit treu zum Deutschen Vaterland gehalten. Die unbewaffneten Kurven und Tschernowitzen Wetteinführung ist die Wahl in Kreis und Kreisabstimmung und Tschernowitz von den Bürgern für ungültig erklärt worden, weil im Abstimmungsorte nur politische Stimmpapiere ausgegeben werden. Ein Schmalz auf die Parteilichkeit der Kurve ist nicht folgend. Auf dem Wahltagen von Rauden ist auf dem Boden der Kurve von Rauden eine reiche Menschenmenge eingefunden, weil diese Kurve des polnischen Abstimmungsbüros die Wahlen verhindern sollten werden. Außerordentliche Feindseligkeit regelwidrigkeiten die Polen zum Ergebnis der Wahl. Die Polen nahmen tatsächlich einen französischen Soldaten auf dem Platz vor dem Rathaus auf dem Marsch herum. Der Hauptmann hat eine Rede, in der er sagt, daß diese Kurve, also die Kurve von Rauden, unzulässig in Polen feiern möge.

Berlin, 21. März 1921.

Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Scheidemann.

Berlin, 21. März. Der Reichspräsident hat nach Bekanntwerden des überseelischen Abstimmungsergebnisses an den deutschen Bevölkerung in Oppeln durch Hayek folgendes Telegramm gesendet: Seiner Durchlaucht spreche ich im Namen des ganzen

deutschen Volkes unter aller freudige Genugtuung über das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien aus. Zog auch nach den bisherigen Berichten der Erfolg in einzelnen Stellen durch rechtswidrige gewaltsame Beleidigung beeinträchtigt worden, so bleibt doch die unumstößliche Tatsache bestehen, daß sich das oberdeutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit für Deutschland entschieden hat. Ein herzvorragendes Verdienst an diesem Ergebnis ist Ihrer und Ihrer Mitarbeiter aufopfernder Tätigkeit zuzuschreiben. Ich bitte Sie und Ihre Mitarbeiter der steten Dankbarkeit der Reichsregierung und des deutschen Volkes versichert zu sein. Ebert, Reichspräsident.

Eine Ausprache Fehrenbachs

Berlin, 21. März. Ein viertausendjähriger Jubiläumszug brachte durch die weite Halle des Schlesischen Bahnhofes, als heute abend gegen halb 11 Uhr unter den Klängen eines Marsches der erste Zug mit dem lebendigen Oberschlesiern ein. Nach einem Empfangsritual rückte der Reichskanzler Fehrenbach, der in Begleitung mehrerer Herren vom Auswärtigen Amt zum Empfang erschienen war, einen folgenden Worten zu unsrener oberschlesischen Landsleute:

Geliebte Brüder und Schwester aus Oberschlesien!

Nach sorgenvollen Tagen ist heute die Freude in unser Herz eingeflossen. Oberschlesien hat gestern den glänzenden Beispiel höchster Vaterlandsliebe gezeigt. Das ganze Deutschland hat auf Oberschlesien gesahnt; es ist in seiner Hoffnung nicht enttäuscht worden. Sie haben eine schwere Reise unternommen, aber Sie sind in Ihre Heimat zurückgekehrt. Sie haben dort Ihre Verwandten wiedergetroffen, an den Gräbern Ihres teuren Enkelstolzen gebetet und aus den heiligen Quellen Ihrer Heimat getrunken. Nur der ist in tiefer Seele traurig, der die Heimat so liebt wie Ihr. Ich habe schwere Sorgen auf euch genommen. Werbende Männer und sterbende Dörfer haben die gewaltigen Strapazen der Reise mit bewunderungswürdigem Heldenmuth ertragen. Der Dank des Vaterlandes ist Ihnen allen sicher. Jetzt ist es neue Weller aufzurichten und Oberschlesien auf neue mit dem Vaterlande unvereinbar und unteilbar für alle Zeit zu verbinden. Denen deutschen Oberschlesien Glück auf!

Weitere Einzelergebnisse

Beuthen, 21. März. Es werden weiter folgende Einzelergebnisse der oberschlesischen Volksabstimmung gemeldet: Rattowitz deutsch 22.800, polnisch 8.880; Bonnitzsch deutsch 5.168, polnisch 6.753; Görsdorf deutsch 2.853, polnisch 1.086; Laubähnle deutsch 5.725, polnisch 2.919; Simianowitz deutsch 5.170, polnisch 4.043; Bielingow deutsch 80, polnisch 384; Brzezina deutsch 90, polnisch 404; Höhendorfshütte deutsch 648, polnisch 298; Georgiowitz deutsch 875, polnisch 585; Benthen (Stadt) deutsch 24.978, polnisch 6.886; Königsbergshütte deutsch 32.257, polnisch 7.806; Oppeln (Stadt) deutsch 20.800, polnisch 1.100; Tarnowitz (Stadt) deutsch 7.536, polnisch 1.067; Schwientochlowitz deutsch 6.886, polnisch 8.895; Scharlen deutsch 1.968, polnisch 3.914; Bobritzsch deutsch 2.845, polnisch 2.246; Hindenburg deutsch rund 10.000, polnisch 11.000; Kunzendorf deutsch 949, polnisch 1.584; Matthesdorf deutsch 968, polnisch 621; Mafloschau deutsch 4.088, polnisch 1.060; Pawlitzdorf deutsch 1.802, polnisch 1.542; Rabendorf deutsch 6.842, polnisch 6.041; Stollnitz deutsch 855, polnisch 1.501; Birkenhain deutsch 852, polnisch 1.010; Grottau deutsch 952, polnisch 1.878; Einrichshütte deutsch 928, polnisch 412; Neuhofen deutsch 1.008, polnisch 1.279; Maczelowitz deutsch 496, polnisch 321; Glogau deutsch 8.290, polnisch 9.097; Leobschütz (Stadt) deutsch 8.894, polnisch 61 Stimmen.

Die Presse über den Abstimmungssieg

Berlin, 21. März. Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien wird von den Blättern als ein Sieg der deutschen Sache begrüßt, der die Erwartungen vielfach übertroffen habe. Die Tatsache, daß in den Kreisen Rybnik, Blech und Tarnow eine polnische Mehrheit ergiert wurde, gibt den Plätern schon jetzt Veranlassung, zu betonen, daß eine Trennung Oberschlesiens dem Gesamtergebnis der Abstimmung und auch dem Charakter des Abstimmungsgebietes widersprechen würde, da dieses ein unzertrennbares wirtschaftliches Ganzen bilde.

Der "P. P. Volksanzeiger" sagt: Daß die Deutschen aus diesem Kampfe, den sie mit stumpfen Waffen zu führen gezwungen waren, eine zweidrittelmehrheit davongetragen haben, ist ein höchstrechtes Ergebnis. Wer auf dem Standpunkt gestanden hat, daß Oberschlesien ein eigenes Wirtschaftsgebiet darstelle, muß danach die ausgesprochene Willensdurchsetzung der Deutschen als einen einheitlichen Willensdruck auffassen und achten. Nur wer von vornherein dazu entschlossen war, einen Teil des Abstimmungsgebietes den Polen als Rechtschutzbereich zuzuwiesen, kann die polnische Mehrheit in den Kreisen Blech und Rybnik als Vorwand benutzen, um das einheitliche Wirtschaftsgebiet gewaltsam zu zerreißen. Eine solche Entscheidung würde nicht den von allen Seiten herbegehnnten Siegessiegen.

Der "P. P. Volksanzeiger" sagt: Daß die Deutschen aus diesem Kampfe, den sie mit stumpfen Waffen zu führen gezwungen waren, eine Zweidrittelmehrheit davongetragen haben, ist ein höchstrechtes Ergebnis. Wer auf dem Standpunkt gestanden hat, daß Oberschlesien ein eigenes Wirtschaftsgebiet darstelle, muß danach die ausgesprochene Willensdurchsetzung der Deutschen als einen einheitlichen Willensdruck auffassen und achten. Nur wer von vornherein dazu entschlossen war, einen Teil des Abstimmungsgebietes den Polen als Rechtschutzbereich zuzuwiesen, kann die polnische Mehrheit in den Kreisen Blech und Rybnik als Vorwand benutzen, um das einheitliche Wirtschaftsgebiet gewaltsam zu zerreißen. Eine solche Entscheidung würde nicht den von allen Seiten herbegehnnten Siegessiegen.

— „Ach, Gott tröst das, Junge,“ sagte der Alte, da sie eben das Haus verloren hatten, wenn der die Welt klauen soll!“

Aber Haufe erwiderte ruhig: „Ach, Gott nur, Vater; es wird schon alles werden.“

Und Haufe hatt' so mancherlei gehabt; die Welt, oder was ihm die Welt bedeutete, wurde ihm klarer, je länger sein Aufenthalt in diesem Haufe dauerte; vielleicht um so mehr, je weniger ihm eine Art Freiheit von jenseit ihm, und je mehr er auf seine eigene Kraft angewiesen war, mit der er sich von jener befreiten hatte. Einer freilich war im Haufe, für den er nicht der rechte zu sein schien; das war der Großherzog Oskar Peter, ein tüchtiger Arbeiter und ein maulschnüffiger Gejelle. Ihm war der trost, aber dumme und stämmlinge Kleinknecht von vorhin besser nach seinem Sinne gewesen, den er ruhig die Tonne holen auf den Rücken hatte laden und den er nach Herzenslust hätte herumwischen können. Dem noch stilleren, aber ihm gelüst überzeugenden Haufe vermodete er in solcher Weise nicht beizutreten; er hatte eine Art zu eigner Art, ihn anzublicken. Trocken verhandelte er es, Arbeiten für ihn auszuführen, die seinem noch nicht festgestellten Körper hätten gefährlich werden können, und Haufe, wenn der Großherzog lachte: „Da hättet du den dienen Wiss mir kehren sollen; dem ging es von der Hand!“ sah nach Kräften an und brachte es, wenn auch mit Mühsal, doch zu Ende. Ein Bild war es für ihn, daß Elte selbst oder durch ihren Vater das meistens abzustellen wußte. Man mag wohl sagen, was mitunter ganz fremde Menschen aneinander

dauerten und folge haben. Der Kriegsgau stand wurde vielmehr in Permanenz errichtet und der deutsche Wirtschaft, die man zum Zwecke der Schadensersatzleistung ans äußere anspannen mußte, würden unheilbare Wunden geschlagen werden.

Die "Sächsische Zeitung" schreibt: Ein Bild auf die Karte zeigt, daß es gänzlich unmöglich ist, die Orte mit politischer Mehrheit, die auf engste mit dem übrigen Industriegebiet verbunden sind, herauszulösen. Jeder Versuch einer Trennung würde nicht nur Ungerecht, sondern unmöglich schaffen, würde Zusammenhänge zerreißen, von denen Leben und Lebensmöglichkeit abhängt und ganz unhaltbare Zustände herbeschriften.

Das "Berliner Tageblatt" schreibt: Wenn auch einzelne südliche Grenzgebiete für Polen gestimmt haben, so hat sich doch der Industriebezirk, als Ganzes betrachtet, für Deutschland erklärt.

Der "Vorwärts" nennt das Abstimmungsergebnis einen weithin sichtbaren Sieg der deutschen Sache, der sich trotz des polnischen Terrors und trotz der langdauernden Gewalttaten der polnischen Propaganda ergeben habe. Unter dem ersten Eindruck der Abstimmungszahlen müsse mit aller Klarheit angesprochen werden, daß für Deutschland die oberschlesische Frage eine einheitliche sei und daß jede Trennung Oberschlesiens angelicht dieser Volksabstimmung als eine Verleugnung des Friedensvertrags empfunden würde.

Der Mitgliedsbeitrag für den katholischen Presßverein beträgt jährlich nur Mark

12

Eine badische Kundgebung

Karlsruhe, 21. März. Im badischen Landtag ergriff vor Eintritt in die Tagessitzung Staatspräsident Trüm das Wort, um etwas folgendes auszuführen: Mit dem politischen Tage hat das hebre Völkerkrieg sein Ende gefunden. Der Kampf hat mit dem Siege des Deutschen geendet. Wir müssen hoffen und verlangen, daß diesem Siege die Entscheidung der Entente Rechnung trage. Wir haben herzlichen Dank zu sagen unseren deutschen Volksgenossen, die den schweren Kampf durchgeföhnt haben. Wir wollen aber auch Ihnen aus diesem Kampfe lernen: Ein Tod und Gefahr sind alle einz, ohne Unterschied des Glaubens, ohne Unterschied nach Stand und Sturm. Wenn die Entscheidung der Abstimmung Rechnung trägt, so möge sie Rechnung tragen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit Rechnung tragen dem Frieden in Mitteleuropa überhaupt. (Lebhafte Beifall) — Landtagspräsident Dr. Kopp fügte u. a.: Wie wir hoffen, daß die Entente dem Wunsche der Mehrheit und dem Grundzweck der Selbstbestimmung Rechnung trägt. Dann dürfen wir hoffen, daß wenigstens die erste Grundlage für das wirtschaftliche Wiederaufkommen unseres Vaterlandes uns erhalten bleibt. Eine furchtbare Gefahr, die über uns schwiebt, ist begreiflich überwunden worden.

Finanzielle Entschädigung an Polen?

Berlin, 21. März. Der Sieg der Polen in den drei Industriegebieten Blech, Rybnik und Tarnowitz wird nach Ansicht dieser politischen Kreise die Entente nicht dazu führen, diese Grenzgebiete polnisch werden zu lassen. Man glaubt vielmehr, daß eine finanzielle Entschädigung an Polen von Seiten Deutschlands in Frage kommen könnte.

Die deutsche Gesetzgebung unter Aufsicht

Berlin, 21. März. Der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission General Nollet hat eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, in der er darauf hinweist, daß die deutsche Regierung durch die Pariser Verschlüsse vom 29. Januar dieses Jahres aufgefordert worden, bis zum 15. März das neue Wehrgebot zu veröffentlichen und ein Gesetz über die Ausübung

bindet; vielleicht — sie waren beide geborene Nechne, und das Mädchen kannte ihren Kameraden in der großen Arbeit nicht verdecken können.

Der Zweckspalt zwischen Groß- und Kleinknecht wurde auch im Winter nicht besser, als nach Martinii die verschiedenen Deichrechnungen zur Revision eingelaufen waren.

Es war an einem Abend; aber es war November; von drinnen im Hause hörte man draußen hinter dem Deich die Brandung donnern. „He, Haufe!“ sagte der Hausschäfer, „Komme herein; nun magst du weinen, ob du rechnen kannst!“

„Uns Weert!“ entgegnete dieser; — denn so nennen hier die Leute ihre Herrschaft — „ich soll aber erst das Jungvieh füttern!“

„Elle!“ rief der Deichgraf; „wo bist du, Elle! — Geh zu Ole und sag ihm, er solle das Jungvieh füttern; Haufe soll rechnen!“

Und Elle eilte in den Stall und machte dem Großknecht die Besetzung, der eben damit beschäftigt war, das über Tag gebrauchte Pferdegeschirre wieder an seinen Platz zu hängen.

Ole Peters schlug mit einer Kneife gegen den Ständer neben dem er sich beschäftigte, als wollte er sie kurz und klein hauen: „Hol der Teufel den verfluchten Schreibknecht!“ — Sie hörte die Worte noch, bevor sie die Stallstube wieder geschlossen hatte.

„Run?“ fragte der Alte, als sie in die Stube trat.

„Ole wollte es schon besorgen,“ sagte die Tochter, ein wenig sich die Lippen beißend, und setzte sich Haufe gegenüber auf einen grob geschnittenen Holzstuhl, wie sie noch derzeit hier am Winterabend im Hause selbst gemacht wurden. Sie hatte aus einem Schubladen einen weißen Strumpf mit rotem Vogelmuster genommen, an dem sie nun weiterstrickte; die langenbeinigen Kreaturen durften modisch keinerlei Röcke oder Söder beobachten sollen. Haufe sah ihr gegenüber, in seine Rechnerei vertieft, der Deichgraf selbst ruhte in seinem Lehnsstuhl und blinzelte lächelnd nach Haufes Feder; auf dem Tisch brannten, wie immer im Deichgrafenhaus, zwei Kerzenlichter, und vor den beiden in Blei gefassten Fenstern waren von außen die Läden vorgeschnitten und von innen zusicherbar; nichts der Wind nun poltern, wie er wollte. Mitunter hob Haufe seinen Kopf von der Arbeit und blinzelte einem Jugendlichen nach den Vogelstrümpfen oder nach dem kleinen ruhigen Gesicht des Mädchens.

Da tat es aus dem Lehnsstuhl plötzlich einen lauten Schnarcher, und ein Bild und ein Lächeln lag zwischen den beiden jungen Menschen hin und wieder; dann folgte allmählich ein ruhigeres Almen; man konnte wohl ein wenig plaudern; Haufe wußte nur nicht, was. Als sie aber das Strickzeug in die Hoh-

aller Selbstschuorganisationen zu erlösen. General Nollet nimmt Vermerk davon, daß belbes bis zum 17. März noch nicht geschrieben sei, und besteht erneut auf schneller Durchführung der Pariser Forderungen. Bekanntlich ist das neue Wehrgebot sowie ein Gesetz zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Vertrages von Versailles in den letzten Tagen verabschiedet worden.

Frankreichs Finanznot

(Gegenbericht des „Sächs. Volkszeitung“)

Amsterdam, 22. März. Die französische Regierung, die nach Waffenstillstand 1918 bei der niederländischen Regierung ein am 1. Januar 1922 inkrafttretende Kredit von 80 Millionen Gulden für Wiederaufbau zugeschafft, erwünscht um Hinabschaltung bis 1927.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs

Paris, 21. März. Die vom Allgemeinen Arbeiterrat verhandelte (C. G. T.) übernommene Konferenz von Vertretern der Bevölkerung und der Behörden auf dem verwüsteten Gebiete, ist heute zusammengetreten. Die Bevölkerungsansprache liegt der Gewerkschaftssekretär Laurent. Der Vizepräsident von Paris, Abgeordneter Boissé, führte den Wortlaut. Er erklärte einleitend, die Unzufriedenheit des breiten Volkes mit den bisherigen Maßnahmen der französischen Regierung ist groß.

Als erster Referent sprach das Mitglied des Wirtschaftsrates der C. G. T. Rauch. Er berichtete über die Untersuchung des Wirtschaftsrates, die auf eine starke Kritik der verhinderten Schädigung und ihrer Anwendung und der Hilflosigkeit der einzelnen Geschäftsbüros hinausklangen. Man müsse Arbeitsplätze, Material und Geld von benachbarten Ländern verlangen, die es beladen, und dabei auf den jeweiligen Wechselkurs Rücksicht nehmen. Es sei eine Art von Obersekretariat innerhalb der Regierung zu bilden, das mit den Unternehmen und der Arbeiterschaft den Wiederaufbau in seinem ganzen Umfang zu organisieren habe.

Als zweiter Referent sprach der Ingenieur Frantz. Er hat dafür ein, deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau heranzuziehen und deutsche Materialien aufzulegen. Es handelt sich nicht darum, daß Wiederaufbau in deutsche Kolonien umzuwandeln noch in Industrieländer und Jagdelementen des Rheins zu überleben. Man müsse unter der Leitung des Gewerkschaftssekretärs die Geschäftsbüros deutsche qualifizierte Arbeiter und Techniker heranziehen und sie einen französischen Plan ausführen lassen. Moralistisch halte der Wirtschaftsrat diese Lösung für besonders wichtig, weil diejenigen wieder auftreten müßten, die zerstört blieben.

In der heutigen Nachmittagssitzung hat die Aussprache über die beiden Referate begonnen.

Ein neuer Völkerbund

Genf, 21. März. Der derzeitige Präsident des Völkerbundes, Dr. Cunha, brasilianischer Botschafter in Paris, hat gelegentlich seines zeitigen Aufenthaltes in Genf sich über den deutlichen Protest der Völkerbund-Mitglieder eräußert, daß der Völkerbund kein Recht zum Einschreiten habe, wenn er nicht von einem seiner Mitglieder dazu aufgefordert werde. Der Bund verfügt nur in besonderen Ausnahmefällen über eine Extrajurisdiktionalmacht. Der Bund sei in erster Linie ein Mittel für die verschiedenen Regierungen, gemeinsame Entscheidungen zu treffen.

Auflösung des italienischen Parlaments

London, 21. März. Der italienische Gesellschafter des Times meldet, er erfuhr von zuverlässiger Stelle, daß Giulio Ciano einstimmig beschlossen habe, das italienische Parlament aufzulösen. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich in der letzten Woche des Monats stattfinden.

Drohende Revolution in Portugal

Madril, 21. März. Zeitungsnotizen aus Lissabon zufolge war in Portugal eine monarchistische Revolution geplant. Sie soll verhindern werden sollen, weil die Waffen der Revolutionäre nicht rechtzeitig eingetroffen seien.

Amerika und Russland

London, 21. März. Wie der Washingtoner Gesellschafter der "Morning Post" meldet, befinden sich Angeklagte, daß die amerikanische Regierung beim Beispiel der britischen Regierung folgen und die Handelsbeziehungen mit Russland niedersetzen aufnehmen wird, wenn London die Bedingungen des zwischen England und Russland abgeschlossenen Handelsvertrags einhält. Auf der anderen Seite rügen zahlreiche amerikanische Blätter ganz ehrlich den schärfsten Ausdrücken das Vorgehen der britischen Regierung in dieser Frage.

Man wird endlich klug

Hopenhagen, 21. März. In Helsingør liegen Nachrichten aus Roskilde vor, wonach Lentz mit einer Reihe führender Politikern unter den Menschenwelt und Sozialrevolutionären Verhandlungen eingeleitet haben soll. Nach der "Berlingske Tidende" handelt es sich dabei um die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung.

zog, und die Vögel sich nun in ihrer ganzen Länge zeigten, flüsterte er über den Tisch hinüber:

„Wo hast du das gelernt, Elle?“

„Was gelernt,“ fragte das Mädchen zurück.

„Das Vogelstricken!“ sagte Haufe.

„Das? Von Tiere kann draußen am Deich; sie kann alles!“ sie war vorgezogen einmal bei meinem Großvater hier im Dienst.“

„Da warst du aber wohl noch nicht geboren?“ sagte Haufe.

„Ich denkt wohl nicht; aber sie ist noch oft ins Haus gekommen.“

„Hat denn die die Vögel gern?“ fragte Haufe; „ich meint, sie hält es nur mit Räubern.“

Elle schüttelte den Kopf: „Sie zieht ja Enten und verläßt sie; aber im vorjährigen

Moskau nimmt nicht gescheitert. Der Vorsitzende ein Wettbewerbsvertrag von Montenegro auf.

Veranstaltung
Reinerung, Regierung, 80 Millionen
Haushaltshilfe

Paris, 21. März. Nach einer havas-Meldung aus Belgrad erläutert "Politika": Prinz Danilo von Montenegro habe gegen eine Wahlversammlung von 500 000 Stimmen, welche die Regierung von Belgrad dem verstorbenen König Nikolaus angeboten habe die Vereinigung von Montenegro und Südslawien anerkannt und alle Rechte auf den Thron von Montenegro aufgegeben.

Wehrkirchenliche Volkspartei

Borowowitsch, 21. März. Die wehrkirchenlichen Aufständischen besiegeln am 16. März Winst. Die echte Rote Division ist auf die Seite der wehrkirchenlichen Revolutionäre übergegangen. Die Aufständischen haben die wehrkirchenliche Volkspartei ausgerufen.

Der englische Herrschaft

London, 21. März. Die "Westminster Gazette" bezeichnet die deutsche Reparationsbill als einen Bluff, der fehlgeschlagen. Reiche Mitglieder des Unterhauses, die für die Bill oder nicht votzen könnten, hätten dies getan in dem Glauben, daß die Bekämpfungen niemals in Kraft treten würden. Sie seien der Ansicht gewesen, die Bill werde Deutschland zur Vernunft bringen (!) und es zwingen, ein neues Angebot zu machen. Sie dachten, dies würde zu einem Übereinkommen führen, das die Bill in der Praxis überflüssig machen würde. Zugleich wären sie überzeugt, wenn ein neues deutsches Angebot, das zu einem Übereinkommen führen könnte, sei unwahrscheinlich und wahrscheinlich nicht vorhanden. Was das Enttäuschen der Bill-Gedenktags mit all ihren schändlichen Folgen für den britischen Handel nicht verhindern könne.

Ein argentinischer Aufruf für Krupp

(Eigener Druckbericht der "Sächs. Volkszeitung")
Berlin, 22. März. Die Verwaltung des argentinischen Staatsbaus hat mit der Firma Krupp einen Vertrag auf Lieferung von 10 000 Stahlzügen zum Preise von 40 Goldpesos pro Stück unterzeichnet. Um die Lieferung bewarben sich 14 amerikanische, englische und deutsche Fabriken. Die Firma Krupp erhielt den Auftrag infolge des beweisenwertem Preisunterschieds in ihrem Angebot. Da die übrigen sich bewerbenden Firmen 70, 74 und sogar 118 Goldpesos pro Stück verlangten.

Der Streit im Mansfelder Bergbau

(Eigener Druckbericht der "Sächs. Volkszeitung")
Halle a. S., 22. März. Der Generalstreik im Mansfelder Bergbau dauert sich andauernd weiter an. Die Gewerkschaften und Mehrheitssozialisten bemühen sich, in Aufrufen die erregte Bevölkerung zu beruhigen. Die mehrheitssozialistische Partei bietet sich als Vermittler zwischen den Streikenden und den Behörden, d. h. zwischen der Kommunistischen Partei und dem Oberpräsidenten Hörsching an. Die Mehrheitssozialisten betonen, daß der Streik durchaus nicht um Pausa sei, daß Hörsching aber in seinen Maßnahmen zu weit gehe. Es seien die Gefahren auf den Arbeitsplätzen als zu schwach an.

Die Kommunisten haben die Prochung, einen großen Streik zu entfachen, wenn Oberpräsident Hörsching zum Anfang gegen die Landesbehörde und Gewerkschaften Polizei in das Mitteldeutsche Industriegebiet schicken würde, wahrgemacht. Heute sind zur Zeit auf den Gründen der Grunde, des Mansfelder Kupfer- und Schwermetallgewerbes und den Kleebösen Wohlstandswerten die sämtlichen Betriebsräte in den Streik getreten. Auch in einer Reihe von anderen Betrieben der Provinz Sachsen wird gestreikt. Man befürchtet eine große Ausdehnung des Streiks. In den kreisenden Kreisen werden die Wohlstandswerten ausgeführt.

Wie die "Rote Fahne" mitteilt, ist der Vorsitzende der Bezirksorganisation der Kommunistischen Partei Friedland von der Nationalpolizei verhaftet worden. Das Blatt wiederholt in einem Aufrufe an das Arbeiterklientel die Aufforderung, mit der Waffe in der Hand die Gegnerrevolution zu bekämpfen.

Gegen den Karfreitag

Berlin, 21. März. Wie aus Halle gemeldet wird, besteht die Arbeiterschaft der Lennéwerke, etwa 20 000 Mann, darauf, daß am Karfreitag in den Werken gearbeitet wird. Da aber der Karfreitag ein religiöser Feiertag ist, hat die Leitung der Lennéwerke die Angestellten nach Berlin zur Entscheidung gebracht. Wie aus kommunistischen Kreisen zu entnehmen ist, kann mit der gewaltsamen Durchführung der Arbeit an diesem Feiertage gerechnet werden.

Neue Verhandlungen um Überschichten

Berlin, 22. März. Wie die "Tägliche Rundschau" aus Potsdam meldet, hat dort gestern eine Konferenz der Bergarbeiter stattgefunden, die beschloß, die Negierung um Einleitung neuer Verhandlungen über Überschichten und Lohnfrage zu eruchen.

Das endgültige Wahlergebnis in Mecklenburg

Schwerin, 21. März. Die amtliche Feststellung des Landtagswahlkreises hat angezeigt noch in einer Niederschlagung geblieben. Das statistische Amt zählte infolge eines Verschens 20 000 Stimmen nicht mit, durch welche drei Parteien eine erhebliche Mandatssicherung erlangten. Die Sozialisten erhielten nach der Berechnung der Stimmen 187 971 Stimmen und 18 Sitze (bisher 14), die Deutschen Demokraten 78 443 Stimmen und 18 Sitze (bisher 14), die Deutsche Volkspartei 67 818 und 12 Sitze (bisher 10). Am übrigen bleibt es bei den früher festgestellten Mandatssicherungen 8 Sitze bei 14 127 Stimmen, Dorfkirch 4 Sitze bei 19 452 Stimmen, Wirtschaftsdepartement 2 Sitze bei 9787 Stimmen, Kommunisten 3 Sitze bei 15 828 Stimmen, zusammen also 67 gegen 64 im ersten ordentlichen Landtag. Die Verschiebung der Mandatssicherung ändert nichts an der schon bewiesenen Schwierigkeit der Regierungsbildung. Die Vertreter der Rechten stehen 81 Abgeordneten der Linken gegenüber. Die drei Demokraten geben den Ausschlag.

Der Weihbischof von Köln +

Köln, 21. März. Der Weihbischof Dr. Joseph Müller ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Eine Ehrung des Reichsministers

Dr. Brauns

Die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Köln hat den langjährigen Sozialpolitiker und jetzigen Reichsminister Dr. Heinrich Brauns zum Dr. h. c. ernannt. Diese verdiente Anerkennung eines katholischen Geistlichen wird in weiten Kreisen freude und Genußtum hervorrufen.

Der Reichstag bis zum 20. April veragt

Wider Erwarten hat sich der Deutsche Reichstag, nachdem der Zulassungsamt bereits weitere Sitzungen bis zum 22. März vorgesehen hatte, am 19. März in später Nachkunde verlegen können. Ursprünglich war auch dieser Tag als Beginn der Sitzungen bestimmt. Die Herren aus dem kommunistischen Lager, die ihre Aufgaben vorher erledigt, die Parlamentsaktivität zu hören, hatten jedoch wieder einmal dem Hause ihren Willen zu unterstellen wollen. Sie widersprachen daher dem Präsidenten, der vorschlagen hatte, in der Sammelsitzung auch noch die dritte Sitzung wichtiger Gesetzesvorlagen vorzunehmen. Die kommunistische Taktik ist jedoch infolge der Einmischung aller anderen Parteien des Reichstages zu fordern geworden; denn vor Reichstag nahm auf erneuten Vorholung des Präsidenten die Erledigung der Gesetzesvorlage in der dritten Sitzung vor. Darauf verzog sich das Haus bis zum 20. April. Gleichzeitig wurde dem Präsidenten über die Einmischung erlaubt, den Reichstag eventuell früher einzuberufen.

Katholischer Presseverein

Die schon seit vielen Jahren bestehende Kreisgruppe des Pressevereins in Kiel gibt lebendiges Zeugnis von dem Interesse, das die Diaspora im katholischen Westen findet. Katholische Freunde der katholischen Presse schätzen sich um sie. Und sie haben ausgetauscht und sind es nicht müde geworden, ihre Mitgliedsbeiträge abzuliefern. Von Zeit zu Zeit werden sie durch einen Besuch in Sachsen oder aus Sachsen auf dem Laufenden erhalten. Ihre Treue und Opferwilligkeit ist geradezu vorbildlich.

Aber ihr Beispiel sollte doch vor allem auch in Sachsen selbst überall Nachahmung finden. Wer nur immer Freude an seiner "Sächsischen Volkszeitung" hat, ihren weiteren Aufbau wünscht und die katholische Presse unterstützen will, der verfügt es doch nicht, dem Katholischen Presseverein für Sachsen baldmöglichst beizutreten. Um viele Hundert kann die Zahl der Mitglieder wachsen. Der Schulkampf und vor allem auch die Landtagswahl sollten allen Freien der "Sächsischen Volkszeitung" dienen, wie nobilitiert und die "Sächsische Volkszeitung" in bieger Thüringen ist. Ohne den Presseverein wäre sie nicht existieren, ohne den Presseverein hätte sie ganz besonders in Kriegszeit, nicht weiter existieren können, ohne den Presseverein fände sie nicht ausgestaltet und gefördert werden.

Darum gründet neue Kreisgruppen des Pressevereins, wer auch Einzelmitglieder.

Aus dem sächsischen Landtag

Die Kinderzulagen der sächsischen Beamten

Wie wir erfahren, hat das sächsische Gesamtministerium beschlossen, dem Landtag die Vorlage über die Kinderzulagen der Staatsbeamten zur einzelnen Belebungsfassung gleichzuführen, jedoch nur in bezug auf die rückwirkende Kraft. Der Landtag darf beschließen, die Zulagen rückwirkend ab 1. April 1920 zu gewähren, während die Regelung sie nur rückwirkend ab 1. Januar 1921 bewilligen will. Mit der Zahlung der Kinderzulagen bis zum 21. Februarjahr ausstatt bis zum 18. hat sich die Regierung einverstanden erklärt.

Landtagsabgeordneter Grenz ist an den folgenden Schlagabfall im Rohstoffmarkt verloren. Der Verstorben war Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion und gehörte auch schon der Volkskammer an. Im Jahre 1908 bis 1909 und von 1912 bis 1918 vertrat er auch den Knaberges Kreis im Reichstag. Grenz war Vater von Beruf und erreichte ein Alter von 80 Jahren. Sein Nachfolger im Landtag ist Buchhändler Berger in Nossen.

Nachrichten aus Sachsen

— Rückkehr des sächsischen Wirtschaftsministers. Der an einem Lungentumor erkrankte sächsische Wirtschaftsminister Schwerz, der sich krankheitlich seit länger Zeit in einem Sanatorium im Schwarzwald aufhält, gehörte Ende April oder Anfang Mai sein parlamentarisch-ministerielle Tätigkeiten wieder aufzunehmen. Er muß sich allerdings noch lange Zeit hindurch größte Schonung auferlegen.

— Die Tschechen verlangen Rückzahlung der Reichsteuer. Die böhmische Regierung hat beschlossen von der deutschen Regierung die Rückzahlung aller derjenigen Verträge zu verlangen, die in Form der Lebensrentenbeauftragung auf alle Transporte des tschechischen Staates oder seiner Staatsangehörigen in Deutschland erhoben worden sind. Auf Besänftigung der Tschechen ist diese Abgabe am 15. Februar vor der Reichsregierung bereits aufgehoben worden. Das tschechisch-slowakische Handelsministerium fordert alle Interessenten auf, ihm die genannten Verträge anzugeben, die sie bezüglich der Eibe vom 28. Oktober 1918 bis 15. Januar 1921, bezüglich der Ober seit dem 10. Januar 1920 abgezahlt haben.

— Leipzig, 21. März. Der Reichsausschuß für die Leipziger Messe hat die Leipziger Messe für die Leipziger Messe mitteilt, ist gleichzeitig mit dem Ergänzungsetat 1920 auch der Stat für 1921 im Hauptausschuss des Reichstages beschlossen worden, der jedoch fast durchgängig diejenigen Abgeordneten aufweist, wie der Stat für 1920. Darin ist für die Leipziger Messe ein Zusatz von 6 Millionen vorgesehen. Ein Brüderliches Abkommen von 15. Februar vor der Reichsregierung bereits aufgehoben worden. Das tschechisch-slowakische Handelsministerium fordert alle Interessenten auf, ihm die genannten Verträge anzugeben, die sie bezüglich der Eibe vom 28. Oktober 1918 bis 15. Januar 1921, bezüglich der Ober seit dem 10. Januar 1920 abgezahlt haben.

— Leipzig, 21. März. Der Reichsausschuß für die Leipziger Messe hat die Leipziger Messe für die Leipziger Messe mitteilt, ist gleichzeitig mit dem Ergänzungsetat 1920 auch der Stat für 1921 im Hauptausschuss des Reichstages beschlossen worden, der jedoch fast durchgängig diejenigen Abgeordneten aufweist, wie der Stat für 1920. Darin ist für die Leipziger Messe ein Zusatz von 6 Millionen vorgesehen. Ein Brüderliches Abkommen von 15. Februar vor der Reichsregierung bereits aufgehoben worden. Das tschechisch-slowakische Handelsministerium fordert alle Interessenten auf, ihm die genannten Verträge anzugeben, die sie bezüglich der Eibe vom 28. Oktober 1918 bis 15. Januar 1921, bezüglich der Ober seit dem 10. Januar 1920 abgezahlt haben.

— Mittwoch. Gründonnerstag: 8.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Messe. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Mittwoch. Gründonnerstag: 8.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Messe. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen, 13.00-14.00 Generalbeichte für Knaben, 15.00-16.00 Generalbeichte für Mädchen, 17.00-18.00 Generalbeichte für Knaben, 19.00-20.00 Generalbeichte für Mädchen.

— Dienstag i. S. Gründonnerstag: 7.00 Hochamt. — Karfreitag: 9.00 Hochamt, 10.00 Abendmessen, 11.00 Generalbeichte für Knaben, 12.00 Generalbeichte für Mädchen,

